

Per Mail:

Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 01.10.2019
Mein Zeichen: IV 431
Meine Nachricht vom:

Yuliya Byelonenko
E-Mail: Yuliya.Byelonenko@
im.landsh.de
Telefon: 0431 988 3130

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3213

13.11.2019

Stellungnahme

Schriftliche Anhörung zu den Anträgen „Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen“ (Drucksache 19/1605) sowie „Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen“ (Drucksache 19/1664)

Einleitung:

Der **Bekämpfung des Rechtsextremismus** kommt in der schleswig-holsteinischen **Präventionsarbeit** eine zentrale Rolle zu. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus sind integraler Bestandteil des Engagements des Landes Schleswig-Holstein zur Extremismusprävention und finden sich in den beiden Landesprogrammen zur Extremismusprävention sowie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wieder. Weltweite politische Entwicklungen, deutschland- und europaweite Übergriffe sowie besonders der Mord an dem Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübcke, die Ereignisse von Halle (Saale) und aktuell in Bad Segeberg machen die Notwendigkeit der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus deutlich.

Das **Landesdemokratiezentrum (LDZ)** ist angebunden beim **Landespräventionsrat Schleswig-Holstein (LPR)** und zuständig für die Demokratieförderung und Extremismusprävention in den Bereichen Rechtsextremismus, religiös motivierter Extremismus sowie anderer demokratie- und staatsfeindliche Phänomene.

Der Innen- und Rechtsausschuss berät derzeit die beiden Anträge „Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen“ (Drucksache 19/1605) sowie „Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen“ (Drucksache 19/1664). Im Rahmen dieser Beratung wurde das LDZ um eine Stellungnahme zum genannten Thema gebeten.

Einordnung:

Der Landespräventionsrat Schleswig-Holstein (LPR) ist für die Kriminal-, Gewalt- und Extremismusprävention im Land zuständig und nimmt über seine Kommission aus den Minister/-innen für Inneres, Bildung, Justiz und Soziales einen **ressortübergreifenden Auftrag** wahr. Die Zuständigkeit für die zivilgesellschaftlichen Beratungsinstitutionen im Phänomenbereich Rechtsextremismus liegen in Schleswig-Holstein bei dem beim Landespräventionsrat angesiedelten **Landesdemokratiezentrum**. In diesem Bereich gibt es neben entsprechenden Beratungsstrukturen anderer Phänomenbereiche folgende Beratungsstellen, die präventiv gegen Rechtsextremismus tätig sind:

- Betroffenenberatung unter der Trägerschaft ZEBRA e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe)
- Regionale Beratungsteams (RBT) unter der Trägerschaft des AWO Landesverbands und der AKJS e.V. (Aktion Kinder- und Jugendschutz)
- Ausstiegs- und Distanzierungsberatung bei KAST e.V. (Kieler Antigewalt- und Sozialtraining)
- Nordverbund „Ausstieg rechts“
- Fach- und Informationsstelle türkischer Ultranationalismus (diyalog).

Die **Beratungsstelle Zebra e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe)** wird aus Bundes- und Landesmitteln gefördert und **berät Betroffene, Angehörige und Zeugen nach rassistischen, antisemitischen und anderen rechtsmotivierten Angriffen**. In 2018 verzeichnete Zebra e.V. 46 Beratungsfälle. Dies lässt auf ein **hohes Dunkelfeld** schließen. Neben den Beratungstätigkeiten ist ZEBRA e.V. seit 2017 für das **landesweite Monitoring rechter Angriffe** zuständig.

Aus Landes- und Bundesmitteln werden **Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBTs)** an den vier Standorten Kiel, Lübeck, Itzehoe und Flensburg gefördert. Die RBTs **beraten Personen, die Informationen zum Thema Rechtsextremismus** oder Unterstützung im Umgang mit Antisemitismus, Rassismus, Homophobie etc. benötigen.

Mit dem Angebot von **KAST e.V.** wird in Schleswig-Holstein **Unterstützung beim Ausstieg aus und der Distanzierung von der rechtsextremen Szene** geboten.

Der „**Nordverbund: Ausstieg rechts**“ ist ein **überregionaler Zusammenschluss norddeutscher Distanzierungs- und Ausstiegsangebote**. Die (extrem) rechte Szene ist über Landesgrenzen im Norden gut vernetzt. Durch den Nordverbund wird neben dem Austausch gegenseitiger Fachexpertise eine schnelle Reaktion auf aktuelle, regionale Herausforderungen gewährleistet.

Um spezifische Aspekte des **Ultranationalismus in der Einwanderungsgesellschaft** zu beleuchten, liegt ein entsprechender Schwerpunkt hierauf bei der Fach- und Informationsstelle türkischer Ultranationalismus (diyalog), die seit April 2019 besteht.

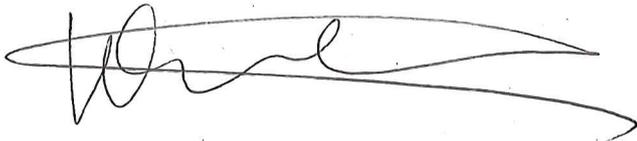
Bewertung und Votum:

Wie aus der Darstellung hervorgeht, ist in Schleswig-Holstein grundsätzlich eine gute Beratungsstruktur innerhalb der Rechtsextremismusprävention und der Demokratieförderung zu verzeichnen. Eine kontinuierliche und bedarfsorientierte Aufstockung der Maßnahmen unter der Berücksichtigung aktuell gesellschaftspolitischer sowie auch tariflicher Entwicklungen wird ständig angestrebt. Hier handelt es sich um dynamische Phänomenbereiche, die ein dauerhaftes Monitoring notwendig machen, um passgenaue Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Die fortgesetzte Beobachtung der Entwicklungen im Themenfeld erfolgt auf Grundlage von Studien, des Monitorings und durch qualitative Einschätzung der Netzwerkpartner/-innen. Das Netzwerk des LDZ bietet eine Plattform für den Austausch zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. So ist ein zeitnahes Reagieren auf aktuell gesellschaftliche Entwicklungen gewährleistet.

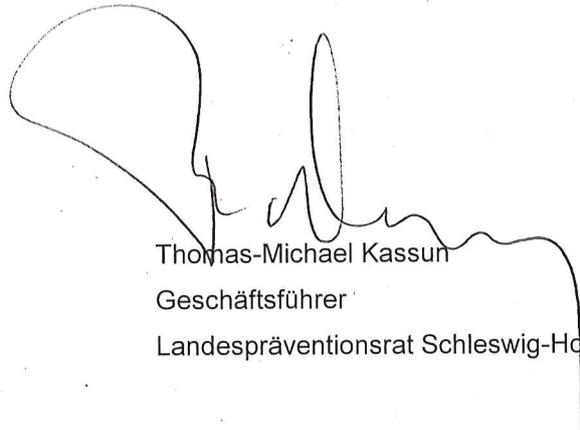
Die letzten Ergebnisse der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein, die im Auftrag vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein durchgeführt wurde, deuten auf die deutliche Zunahme von rechtsextremen Einstellungen bei den Jugendlichen in Schleswig-Holstein hin. Gerade die Zunahme von rassistischen Positionen ist zu verzeichnen. Daher halten wir es für notwendig schon in der Grundschule, ggf. noch früher mit der Präventionsarbeit zu beginnen und das soziale und familiäre Umfeld der Jugendlichen in der Prävention gegen Rechtsextremismus stärker in den Fokus zu nehmen. Der Landesdemokratiezentrum hält die Entwicklung von weiteren präventiven Projekten gegen Rechtsextremismus im Schulkontext mit Unterstützung des MBWK für sehr sinnvoll.

Ein weiterer Risikofaktor, der sich im Rahmen der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein herausgestellt hat, ist die Feindseligkeit und Aggressivität der Jugendlichen. Aus diesem Grunde erscheinen die Präventions- und Interventionsmaßnahmen, die eine Verringerung feindseliger und aggressiver Tendenzen und Gewaltbereitschaft zum Ziel haben, als lohnenswert.

Angesichts der Informationssammlungen oder Zusammenstellungen von personenbezogenen Daten des politischen Gegners (hier im Antrag „Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen“ (Drucksache 19/1605) sog. „Todeslisten“) möchten wir auf die Zuständigkeit sowie die Hinweise des Landeskriminalamtes hinweisen. Wir halten es für sinnvoll, dass auf Grundlage der Einschätzungen des Bundeskriminalamtes und unter der Berücksichtigung ländereigener Erkenntnisse entsprechende Gefährdungsbewertungen vorgenommen werden. Bei gefährdungserhöhenden Erkenntnissen sollen individuelle Maßnahmen veranlasst werden - darunter beispielsweise die Unterrichtung der betroffenen Person.



Yuliya Byelonenko
Leiterin Landesdemokratiezentrum
(beim Landespräventionsrat) Schleswig-Holstein



Thomas-Michael Kassun
Geschäftsführer
Landespräventionsrat Schleswig-Holstein